

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 21. Juni 2022 in Luxemburg

Am 21. Juni 2022 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Behandelt wurden die Vorbereitung für den Europäischen Rat am 23./24. Juni: Schlussfolgerungen, das Europäische Semester, die Konferenz zur Zukunft Europas, die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung.

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (ER) am 23./24. Juni 2022: Schlussfolgerungen

Es fand ein Austausch zu den Schlussfolgerungen für den ER am 23./24. Juni 2022 statt. Der Fokus der Diskussion lag einerseits auf der Ukraine und den EU-Beitrittsanträgen der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens und andererseits auf dem Konzept „Weiteres Europa“ und dem Westbalkan. Weitere Themen der ER-Vorbereitung waren unter diesem Punkt Wirtschaft, das Europäische Semester und die Einführung des Euro in Kroatien sowie die Konferenz zur Zukunft Europas und die Außenbeziehungen.

Zum Thema „Weiteres Europa“ stellte ich klar, dass es bei der von Frankreich initiierten Europäischen Politischen Gemeinschaft aus österreichischer Sicht nicht darum gehen darf, den EU-Beitrittsprozess zu ersetzen, sondern es sich klar um ein ergänzendes und vom EU-Erweiterungsprozess getrenntes Konzept handelt.

Bezüglich Ukraine verwies ich darauf, dass alles getan werden muss, um ein Ausbreiten auf andere Staaten zu verhindern und betonte zudem nachdrücklich, dass die weltweite Lebensmittelsicherheit gewährleistet sein müsse, da diese sich auch auf andere Bereiche auswirkt.

Zu den EU-Beitrittsanträgen der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau stellte ich klar, dass Österreich die Empfehlungen der Europäischen Kommission unterstützt und ein Zeichen der Solidarität an die Ukraine aktuell von besonderer Bedeutung ist. In dem Zusammenhang betonte ich betreffend den Westbalkan mit Nachdruck, dass es darum gehe, eine Bildung von zwei Klassen von EU-Beitrittswerbern zu verhindern. Daher forderte ich auch die Verleihung des Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina. Zudem betonte ich, dass auch der Beitrittsprozess mit Albanien und Nordmazedonien sowie die Visaliberalisierung mit dem Kosovo voranzutreiben sind. Abschließend erinnerte ich daran, dass die EU-Erweiterung ein strategisches Instrument ist, bei dem alle die gleichen Ausgangspunkte und die gleichen Chancen erhalten müssen.

Europäisches Semester

Der französische Vorsitz verwies auf die Wiederaufnahme der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Koordination im Rahmen des Europäischen Semesters. Vom Vorsitz wurde darauf hingewiesen, dass die formelle Annahme der Länderspezifischen Empfehlungen beim Rat für Wirtschaft und Finanzen am 12. Juli 2022 erfolgen soll.

Konferenz zur Zukunft Europas

Der französische Vorsitz verwies auf die am 10. Juni verteilte technische Bewertung des Generalsekretariats des Rates zum Abschlussdokument zur Zukunftskonferenz und wies darauf hin, dass nur eine sehr begrenzte Anzahl der darin enthaltenen Vorschläge Vertragsänderungen notwendig macht. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič begrüßte die Diskussion zu den Ergebnissen und meinte, dass die Vorschläge einen wichtigen Beitrag für das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2023 darstellen.

Sonstiges: Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič berichtete, dass die Vorlage des Gesetzesentwurfs des Vereinigten Königreichs zum Nordirlandprotokoll an sich nicht überraschend kam. Der Inhalt des Entwurfs sei hingegen weitreichender als erwartet ausgefallen. Die Europäische Kommission hat als Reaktion darauf einerseits das Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich wiederaufgenommen und andererseits zwei zusätzliche Vertragsverletzungsverfahren gegen das Vereinigte Königreich eingeleitet, wird aber auch auf den diplomatischen Weg und den Dialog setzen.

Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung

Der französische Vorsitz gab einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf den Verordnungsentwurf. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič wies darauf hin, dass die Thematik mehr in den Fokus gerückt werden muss und der EU-Rechtsrahmen rechtzeitig vor den Europawahlen 2024 abgeschlossen werden sollte.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

31. August 2022

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin